



Niederschrift

19. Wahlperiode

Finanzausschuss

(35. Sitzung)

Bildungsausschuss

(17. Sitzung)

Sozialausschuss

(18. Sitzung)

am Donnerstag, dem 25. Oktober 2018, 9 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

(Vorwegauszug)

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	stellv. Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)	
Tobias Koch (CDU)	
Volker Nielsen (CDU)	
Heiner Rickers (CDU)	i. V. v. Ole-Christopher Plambeck
Martin Habersaat (SPD)	i. V. v. Birgit Herdejürgen
Regina Poersch (SPD)	i. V. v. Thomas Rother
Beate Raudies (SPD)	
Annabell Krämer (FDP)	
Jörg Nobis (AfD)	
Lars Harms (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Peer Knöfler (CDU)	Vorsitzender
Tobias Loose (CDU)	
Anette Röttger (CDU)	
Martin Habersaat (SPD)	
Beate Raudies (SPD)	i. V. v. Dr. Heiner Dunckel
Kai Vogel (SPD)	
Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Anita Klahn (FDP)	
Dr. Frank Brodehl (AfD)	
Jette Waldinger-Thiering (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Werner Kalinka (CDU)	Vorsitzender
Katja Rathje-Hoffmann (CDU)	
Andrea Tschacher (CDU)	
Wolfgang Baasch (SPD)	
Birte Pauls (SPD)	
Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dennys Bornhöft (FDP)	
Dr. Frank Brodehl (AfD)	

Weitere Abgeordnete

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Tim Brockmann (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Serpil Midyatli (SPD)

Flemming Meyer (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/950	
	b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/951	
2.	Hochschulplanung, Hochschulbau Umdruck 19/1235	12
3.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	13
	Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW	
4.	Kirchen auf Eiderstedt retten	14
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/568	
	Fortsetzung von Tagesordnungspunkt 1 (Haushaltsberatungen):	15
5.	Verschiedenes	16

Der stellvertretende Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Petersdotter, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 9:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/950](#)

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/951](#)

(überwiesen am 27. September 2018)

Einzelplan 05, Kapitel 12 05 und 16 05

Finanzministerium

[Umdruck 19/1369](#)

Finanzministerin Heinold führt in Einzelplan 05 ein (Anlage 1).

Kapitel 05 01 - Allgemeine Angelegenheiten

Auf eine Frage von Abg. Raudies (Umdruck 19/1369, S. 1 und 2) erwidert Finanzministerin Heinold, die zwei Referentenstellen für die Taskforce IMPULS seien erforderlich, um den Mittelabfluss zu kontrollieren und die Umsetzung des Programms zu optimieren. Man wolle dem Landtag den Infrastrukturbericht IMPULS im Januar 2019 vorlegen und zum Sommer 2020 fortschreiben.

Kapitel 05 05 - Steuerwesen

Abg. Raudies möchte wissen, in welcher Höhe 2018 Negativzinsen im Haushalt des Landes angefallen seien. - Ministerin Heinold sagt eine schriftliche Antwort zu.

Kapitel 05 06 - Wirtschaft

Eine Frage von Abg. Raudies zu den Gutachterkosten für die HSH Nordbank AG beantwortet Ministerin Heinold dahin, es sei sehr wahrscheinlich, dass es in diesem Jahr zum Closing komme.

Einzelplan 11, Kapitel 12 11

Allgemeine Finanzverwaltung

[Umdruck 19/1370](#)

Ministerin Heinold führt in Einzelplan 11 ein (Anlage 2). Auf Fragen von Abg. Raudies stellt sie klar, dass man das Haushaltsjahr 2018 wegen der Belastungen durch die HSH mit einem Defizit von über 2 Milliarden € abschließen werde. Für das Betreuungsgeld bekomme das Land 2019 knapp 15 Millionen € in Form von Umsatzsteuerpunkten, durch das Gute-KiTa-Gesetz des Bundes 17 Millionen €. Die Landesregierung werde dem Finanzausschuss eine Aufstellung zur Kita-Finanzierung in den Jahren 2018, 2019 und 2020 zuleiten.

Auf eine Frage von Abg. Krämer teilt sie mit, nach der Endabrechnung des kommunalen Finanzausgleichs ergäben sich immer Verschiebungen; die Nachzahlungen erfolgten in Absprache mit den kommunalen Landesverbänden im übernächsten Jahr.

Auf eine Frage von Herrn Wollesen, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, zur Schuldenübernahme der hsh finanzfonds AöR antwortet sie, man habe sich für die wirtschaftlichste Variante entschieden, dass das Land immer dann, wenn bei der finfo Kredite ausliefen, die Anschlussfinanzierung übernehme. Sie sagt auch hier eine schriftliche Erläuterung zu.

Kapitel 11 11 - Sonstiges allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Auf eine Frage von Abg. Raudies (S. 29) entgegnet Ministerin Heinold, das Finanzministerium halte die Veranschlagung einer Vorsorge in Höhe von 15 Millionen € für Mehrausgaben für Baumaßnahmen aufgrund konjunkturbedingter Preissteigerungen für angemessen. Die Mittel könnten bei nachgewiesenem Bedarf in Einzelplan 12 umgesetzt werden.

Einzelplan 12, Kapitel 12 20, 12 21 und 12 22

Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

Ministerin Heinold führt kurz in Einzelplan 12 ein.

Zur Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung in Eutin stellt Abg. Poersch folgende Fragen:

- Wie ist der Zeitplan für den Neubau zweier Unterkunftsgebäude bei der PD AFB in Eutin?
- Wie hoch ist der Bedarf an zusätzlichen Unterkünften?
- Deckt der geplante Neubau den Bedarf durch die zusätzlichen Anwärter- und Anwärterinnenstellen ab?
- Deckt der geplante Neubau auch den Bedarf ab, der sich allein durch die aktuelle Auslagerung zur „Wilhelmshöhe“ ergibt?
- Ist beabsichtigt, die derzeitige Anmietung „Wilhelmshöhe“ zu beenden? Wenn ja, in welchem Zeitrahmen?

Ministerin Heinold sagt eine schriftliche Antwort zu.

Einzelplan 16

InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

Ministerin Heinold führt in Einzelplan 16 ein (Anlage 3).

Abg. Raudies bittet die Regierung, größere Veränderungen oder neue Projekte in der Nachschiebeliste angemessen zu erläutern und entsprechende Unterlagen oder Kostenberechnungen zur Verfügung zu stellen. - Ministerin Heinold sagt dies zu.

(Sitzungsunterbrechung von 10:05 bis 11:00 Uhr)

Einzelplan 07, Kapitel 12 07, 12 12 und 16 07

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

[Umdruck 19/1371](#)

Frau Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, führt in Einzelplan 07 ein (Anlage 4).

Kapitel 07 06 - Minderheiten und Grenzverbände

Auf Fragen von Abg. Poersch teilt Herr Grundmann, Referatsleiter im Bildungsministerium, mit, die Verhandlungen über die Ziel- und Leistungsvereinbarung mit dem SSF sei noch nicht abgeschlossen. Er gehe davon aus, dass die Haushaltsmittel 2019 für ein „Haus der Minderheiten“ in Flensburg nicht abfließen.

Kapitel 07 10 - Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Auf Fragen von Abg. Habersaat, Raudies und Vogel (Umdruck 19/1371, S. 24) antwortet Bildungsministerin Prien, das Land erstatte zunächst den BuT-berechtigten Grund- und Förderzentrumsschülerinnen und -schülern in den kreisfreien Städten das schulische Mittagessen. Die Zielsetzung, damit bürgerschaftliches oder kommunales Engagement auszulösen, werde in den kreisfreien Städten erreicht. In einem zweiten Schritt würden auch die Landkreise in die Unterstützung einbezogen; die Bedürftigkeit der Kreise richte sich nach dem Prozentsatz der BuT-berechtigten Kinder und Jugendlichen.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Brodehl (S. 8) antwortet sie, der Bewegungsscheck im Rahmen des Vorhabens „Gesunde Schule“ befinde sich in der Konzeptionierungs- und Testphase an zwei Schulen und werde im nächsten Schuljahr an mehreren Schulen pilotiert.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Brodehl (S. 18) erwidert Herr Kraft, Abteilungsleiter im Bildungsministerium, das Enrichment-Programm werde nicht evaluiert.

Abg. Dr. Brodehl fragt, wie viele schulpflichtige Flüchtlinge an Alphabetisierungsmaßnahmen teilnähmen (S. 28).

Frau Schiffler, stellvertretende Abteilungsleiterin im Bildungsministerium, teilt mit, man setze im Bereich Alphabetisierung 135 Stellen ein. Sie gehe davon aus, dass für die Alphabetisierung zehn Lehrerwochenstunden aufgewendet und die Betroffenen in Fünfergruppen unterrichtet würden.

Auf eine Frage von Abg. Nobis zum selben Titel 422 19 - Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten für schulpflichtige Flüchtlinge - entgegnet Herr Jürgensen, Haushaltsbeauftragter des Bildungsministeriums, aus diesem Titel würden nicht nur 30 neue Planstellen, sondern auch bereits vorhandene Stellen finanziert.

Auf eine Frage von Abg. Waldinger-Thiering (S. 9) erwidert Ministerin Prien, eine Evaluation des Gastschulabkommens mit Hamburg erfolge erst, wenn die Schülerzahlen der Schuljahre 2017/2018 und 2018/2019 vorlägen.

Zu Titel 119 05 - Rückzahlung überzahlter Beträge aus Betreuungs- und Ganztagsförderung - und 119 08 - Rückzahlung überzahlter Beträge im Rahmen der schulischen Assistenz - bittet Abg. Raudies um eine Aufstellung, welche Summen die einzelnen Kreise zurückzahlen müssten.

Kapitel 07 16 - Berufsbildende Schulen

Auf eine Frage von Abg. Habersaat (S. 37 und 38) antwortet Bildungsstaatssekretärin Dr. Stenke, man sei dabei, ein Konzept für eine praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher zu entwickeln, das sie dem Bildungs- und Sozialausschuss zu gegebener Zeit vorstellen könne.

Kapitel 07 17 - Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH)

Auf Fragen von Abg. Habersaat und Waldinger-Thiering zum digitalen Lernen (S. 40) äußert Ministerin Prien, die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zum Digitalpakt seien auf der Zielgeraden und hingen an der Grundgesetzänderung zum Kooperationsverbot im Schulbereich. Die Bundesländer seien froh, wenn die Summe von 5 Milliarden € gesichert wäre.

Bei Titel 526 04 - Fach-/Fachrichtungsteams und Eltern-/Schülerarbeit - wünscht sich Abg. Vogel, dass der Haushaltsansatz auf der Grundlage der tatsächlichen Ausgaben veranschlagt werde. Dies sei auch ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Betroffenen.

Kapitel 07 40 - Kulturförderung

Auf eine Frage von Abg. Raudies (S. 68) erwidert Ministerin Prien, bei der Erhöhung des Haushaltsansatzes 2018 für die Musikschulen um 300.000 € sei die Aufnahme der Glückstädter Musikschule bereits berücksichtigt worden.

Auf eine Frage von Abg. Waldinger-Thiering zur Förderung der Gedenkstättenarbeit (S. 72) antwortet Ministerin Prien, man habe den Haushaltsansatz verdoppelt. Sie werde sich dafür einsetzen, dass auch in Zukunft kein Antrag auf Förderung von Schülerfahrten aus Haushaltsgründen abgelehnt werde.

Auf eine Frage von Abg. Raudies zum Investitionsprogramm Kulturelles Erbe (S. 80) teilt Herr Dr. Lätzel, stellvertretender Leiter der Kulturabteilung im Bildungsministerium, mit, die Sondervereinbarung mit der Nordkirche sei von vornherein als einmalige Aktion angedacht gewesen.

Abg. Waldinger-Thiering wiederholt ihren Wunsch, die Landesausstellung zum 100-jährigen Gedenken an den Kieler Matrosenaufstand dauerhaft im Lande zu nutzen. - Ministerin Prien erwidert, das Kulturministerium sei grundsätzlich bereit, die Ausstellungstafeln zu erhalten und die erforderlichen Kosten zu tragen, allerdings habe sich bisher niemand gefunden, der deren Pflege und die Vermittlungsarbeit übernehme.

Die Ministerin bejaht eine Frage von Abg. Raudies, dass 2019 kein neuer Kulturknotenpunkt eingerichtet werde.

Kapitel 07 41 - Kirchenangelegenheiten

Auf eine Frage von Abg. Raudies (S. 81) erwidert Ministerin Prien, der Bedarf für einen interkulturellen Dialog bleibe vorhanden, das Projekt „Junge Islam Konferenz“, das das Land kofinanziert habe, laufe allerdings aus.

Auf eine Frage von Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer macht die Ministerin unter Hinweis auf den Vertrag über die Förderung des jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein (Drucksache 19/880) deutlich, Schleswig-Holstein habe hinsichtlich der Höhe der finanziellen Unterstützung der jüdischen Verbände im Vergleich zu anderen Bundesländern Nachholbedarf.

Abg. Raudies regt an, die Bezeichnung von Kapitel 07 41 in „Religionsgemeinschaften“ zu ändern.

2. **Hochschulplanung, Hochschulbau** [Umdruck 19/1235](#)

Wissenschaftsstaatssekretär Dr. Grundei führt in die Thematik ein, Umdruck 19/1235.

Abg. Petersdotter moniert, dass die Studierenden, gerade in den Geisteswissenschaften, in den Räumlichkeiten der Hochschulen zu wenig Platz hätten und das Juridicum der CAU den Jura-Studierenden weniger Platz biete als vorher. Die Räumlichkeiten in der Hochschule müssten an die tatsächliche Entwicklung der Studierendenzahlen angepasst werden, die entgegen der KMK-Prognosen immer weiter gestiegen seien.

Staatssekretär Dr. Grundei entgegnet, aus finanzpolitischen Gründen orientiere sich das Land an den HIS-Empfehlungen, versuche, sich hinsichtlich der Flächenwerte eher am sparsamen Ende zu bewegen, und werde nicht alle baulichen Bedarfe befriedigen können. Man rechne mit einer Konsolidierung oder einem leichten Rückgang der Studierendenzahlen.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, wiederholt die Forderung des Rechnungshofs an das Wissenschaftsministerium, eine verbindliche Hochschulplanung für die schleswig-holsteinischen Hochschulen vorzulegen, an der sich die bauliche Planung orientiere, und seine Steuerungsfunktion offensiver wahrzunehmen.

Staatssekretär Dr. Grundei kündigt an, mit dem Hochschulvertrag verbinde man den Anspruch, die Hochschulentwicklungsplanung voranzubringen.

Die Ausschüsse nehmen Umdruck 19/1235 zur Kenntnis.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/372](#)

(überwiesen am 15. Dezember 2017 an den **Bildungsausschuss**,
den **Finanzausschuss** sowie den **Wirtschaftsausschuss**)

hierzu: [Umdrucke 19/554](#), [19/626](#), [19/634](#), [19/657](#), [19/660](#), [19/664](#),
[19/666](#), [19/687](#), [19/688](#), [19/691](#), [19/695](#), [19/696](#),
[19/697](#), [19/698](#), [19/709](#), [19/719](#), [19/843](#), [19/865](#)

Abg. Harms äußert sich enttäuscht darüber, dass die Politik für die Finanzierung der kreisübergreifenden Schülerbeförderung bisher keine Lösung gefunden habe, sondern die Eltern (im Raum Tönning) weiter belastet würden.

Abg. Loose macht - unterstützt von Abg. Knöfler - darauf aufmerksam, dass die Schülerbeförderung Aufgabe der Kreise sei und der SSW-Gesetzentwurf Konnexität auslösen würde. Der Versuch des Bildungsausschusses, zwischen den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen zu vermitteln, sei bedauerlicherweise gescheitert, weil die Fronten verhärtet seien.

Abg. Habersaat hofft, dass man beim Thema Schülerbeförderungskosten im Rahmen des Dialogs zum Thema Schulkosten etwas erreichen werde.

Nach Auffassung von Abg. Dr. Brodehl hätte die Annahme des SSW-Gesetzentwurfs „unkalkulierbare Folgen“, die man nicht akzeptieren könne.

Der Finanzausschuss und der Bildungsausschuss empfehlen jeweils mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimme des SSW bei Enthaltung der SPD, den Gesetzentwurf Drucksache 19/372 abzulehnen.

4. **Kirchen auf Eiderstedt retten**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/568](#)

(überwiesen am 23. März 2018 an den **Finanzausschuss**, den Umweltausschuss, den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdruck 19/1174](#)

Die Ausschüsse verschieben die Beratung über den Antrag einvernehmlich auf Januar 2019.

(Unterbrechung 12:30 bis 14:00 Uhr)

Fortsetzung von Tagesordnungspunkt 1 (Haushaltsberatungen):

Einzelplan 10, Kapitel 12 10 und 16 10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

[Umdruck 19/1372](#)

Dieser Protokollteil erscheint zu einem späteren Zeitpunkt.

5. Verschiedenes

Der Finanzausschuss kam überein, 2019 keine Ausschussreise durchzuführen.

Nächste Sitzungen:

- 1. November: 10 bis 14 Uhr Finanzausschuss
- 15. November: 9 Uhr AGHP,
10 Uhr Finanzausschuss,
12 bis 14 Uhr Beteiligungsausschuss (UKSH)
- 22. November: 10 bis 14:30 Uhr Finanzausschuss (Nachschiebeliste),
13 Uhr Gespräch mit dem Landesverband der Sinti und Roma
in Kiel-Elmschenhagen
- 29. November: 10 Uhr Finanzausschuss
(Vorlage der Haushaltsanträge der Fraktionen)
- 6. Dezember: 10 Uhr Finanzausschuss (Beschlussfassung Haushalt 2019)

Der stellvertretende Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Petersdotter, schließt die Sitzung um 15:20 Uhr.

gez. Lasse Petersdotter

gez. Ole Schmidt

Stellvertretender Vorsitzender
des Finanzausschusses

Geschäfts- und Protokollführer
des Finanzausschusses